

FBP-Termine

Einladung zum Schellenberger Herbsttreff

SCELLENBERG Die FBP-Ortsgruppe Schellenberg freut sich, alle interessierten Gäste, Freunde, Familien – einfach Jung und Alt – am Sonntag, den 25. September, zu einem gemütlichen Herbsttreff einzuladen. Ausflugsziel ist das «Kemme» im Ruggeller Riet. Treffpunkt: Um 10.30 Uhr beim Vereinshaus in Ruggell (vis-à-vis Landgasthof Rössle). Auf der Feuerstelle kann jede und jeder seine persönlich mitgebrachte Grillade zubereiten. Für das Feuer sowie für die Getränke wird die FBP-Ortsgruppe besorgt sein.

Wir laden Dich herzlich ein und freuen uns auf Dein Dabeisein.

FBP-Ortsgruppe Schellenberg

Besuch im HPZ in Schaan

SCHAAN Die Senioren in der FBP laden am Mittwoch, den 28. September, um 14 Uhr zu einem Besuch im Heilpädagogischen Zentrum in Schaan ein. Wir dürfen einen Rundgang in verschiedene Bereiche machen, lernen mehr über die Bedeutung und Wichtigkeit der Aufgaben, die hier wahrgenommen werden. Bitte reservieren Sie sich den Termin für diesen höchst interessanten Nachmittag unbedingt jetzt schon. Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme.

Ihre Senioren in der FBP



Aeulestrasse 56, 9490 Vaduz
Tel.: 237 79 40, Fax: 237 79 49
www.fbp.li

Nach Brand

Markthalle in Sargans wird neu gebaut

WANGS/SARGANS Die Mitglieder der Markthallen-Genossenschaft Sargans-Werdenberg haben am Mittwoch in Wangs dem Projekt einer neuen Markthalle in Sargans zugestimmt. Die Kosten werden auf rund 4,3 Millionen Franken geschätzt. Wie Präsident Martin Willi an der ausserordentlichen Generalversammlung sagte, muss die Genossenschaft rund 2,5 Millionen Franken beschaffen. 1,8 Millionen Franken zahlen die Versicherungen. Die Markthalle in Sargans war in der Nacht auf den 17. März durch einen Grossbrand völlig zerstört worden (das «Volksblatt» berichtete). Rund 1 Million Franken neues Anteilscheinkapital wird von den 700 Genossenschaftern erwartet, weitere 500 000 Franken von Gemeinden, Ortsgemeinden, Viehzuchtvereinen und Landwirtschaftsverbänden. Diese 1,5 Millionen Franken nicht rückzahlbare Gelder sind gemäss Willi die Voraussetzung für Beiträge von Bund und Kanton.

Neubau wird leicht grösser

Wie er mitteilte, ist der Bund bereit, einen Beitrag von 240 000 Fr. zu leisten. Von der kantonalen Landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaft sollen 300 000 Fr. kommen. Der Rest soll auf dem Kapitalmarkt beschafft werden. Das Projekt sieht eine Holzkonstruktion vor, die mit einer Grundfläche von 33 mal 106 Metern leicht grösser ist als die abgebrannte Halle. Neu ist sie stützenfrei und unterteilbar, wird isoliert und mit grossen Fenstern versehen. Somit können darin auch andere als landwirtschaftliche Veranstaltungen stattfinden. Auf der einen Längsseite kommt die Viehannahmestelle für die 14-täglichen Schlachtviehmärkte zu liegen, auf der andern Längsseite Küchentrakt und Lageräume. Um eine durchgehende Halle zu erhalten, wird die Kantine für 250 Personen ins Obergeschoss verlegt. Die Inbetriebnahme ist im Frühjahr 2012 vorgesehen. (sda)

FBP Aktuell

Familien ernst nehmen!

Standpunkt Bei der Vaterländischen Union (VU) hat wieder einmal deren Chefschreiber Günther Fritz das Zepter in die Hand genommen, um sich über die Thematik «Familien stärken» der Fortschrittlichen Bürgerpartei (FBP) lustig zu machen.

Wenn sich Günther Fritz mit dem Kommentar «Zukunftsfonds für Gemüse Gutscheine» lächerlich macht, tut er dies stellvertretend für die VU-Spitze. Dabei trifft er die FBP, welche das Thema «Familie» an die Spitze des 6-Punkte-Programmes setzte, aber nur teilweise. Viel mehr trifft er viele Familien in unserem Land, denen das Geld oft knapp und die finanziellen Belastungen, die aus Kindern naturgemäss resultieren, kaum bewältigbar sind. Wie leicht ist es da, einen konstruktiven Denkansatz im Keime zu ersticken, weil nicht sein darf, was von der FBP kommt.

Die VU-Verantwortlichen sollten sich vielleicht einmal ernsthaft fragen, welche Ideen für eine Familienpolitik die VU-Mandatare in den letzten Jahren formuliert haben. War da überhaupt etwas? Oder verlässt man sich einfach auf Regierungschef Klaus Tschüscher, welcher als Familienminister in der bisherigen Legislaturperiode mit nicht mehr als einem schwammigen Familienleitbild, zwei Sitzungen mit dem Familienrat und dem Vorschlag, Familien in der Verfassung zu verankern, auf sich aufmerksam gemacht hat? Na Bravo! Davon können Mama und Papa aber leider die ständig steigenden Kosten für Ausbildung, Sport und musische Förderung nicht bezahlen.

«Haben denn die VU-Abgeordneten überhaupt nichts zu sagen?»

Ignoriert man einmal die politischen Ränkespiele, dann erkennt man, dass Familien mit niedrigen und mittleren Einkommen schon mit kleiner Kinderschar schnell an die finanziellen Grenzen stossen. Da hilft auch keine Sonntagsrede, sondern konkretes Handeln. Die FBP versucht sich auch jetzt wieder mit einem konstruktiven Vorschlag. Die VU würde gut daran tun, sich damit wenigstens einen Moment auseinanderzusetzen und Lösungen für Familien zu finden. Statt dessen wird am Tag der Bekanntgabe gleich alles in den Dreck gezogen, ohne es vorher zu prüfen und in den eigenen Parteigremien zu besprechen. Haben denn



FBP-Geschäftsführer Marcus Vogt: «Den Familien wäre besser gedient, wenn wir dann und wann Lösungen suchen und finden. Mit der VU-Politik, sich hinter Günther Fritz und dem «Vaterland» zu verstecken, ist niemandem geholfen. Kinder sind wichtig für unser Land, Familien sind wichtig für unser Land. Also gilt es zu handeln, nicht zu lamentieren.» (Foto: Zanghellini)

dazu die VU-Abgeordneten überhaupt nichts zu sagen? Macht Günther Fritz die Politik der VU?

«Wir reden nicht nur von Problemen, wir versuchen sie zu lösen.»

Die FBP lebt im Wissen, dass sie mit dem Familiengeld versucht hat, einen guten Vorschlag zu entwickeln. Dass wir damals keine Mehrheit fanden, gehört zum politischen Spiel. Deshalb haben wir nun erneut einen Vorschlag eingebracht, um die hohen Ausgaben für Kinder für untere

und mittlere Einkommen verkraftbar zu gestalten. Wenn wir – um der demographischen Entwicklung Einhalt zu gebieten – wollen, dass es in Liechtenstein mehr Kinder gibt, dann müssen wir auch etwas tun, um diese Entwicklung zu fördern. Die Entlastung von unteren und mittleren Einkommen gehört nun mal dazu. Nur ankündigen, aber nichts dafür tun, mag die Politik der VU-Spitze und des Regierungschefs sein, aber nicht jene der FBP. Wir reden nicht nur von Problemen, wir versuchen sie zu lösen. Wer den Vorschlag der FBP zum aktuellen 6-Punkte-Programm liest, erkennt,

dass es sich um eine gedankliche Stossrichtung handelt, welche noch entwickelt werden soll. Dabei laden wir die VU-Abgeordneten oder Präsidiumsmitglieder gern ein, mitzudenken. Den Familien wäre besser gedient, wenn wir dann und wann Lösungen suchen und finden. Mit der VU-Politik, sich hinter Günther Fritz und dem «Vaterland» zu verstecken, ist niemandem geholfen. Kinder sind wichtig für unser Land, Familien sind wichtig für unser Land. Also gilt es zu handeln, nicht zu lamentieren.

FBP-Geschäftsführer Marcus Vogt

Regierung investiert in Hochschulbereich

Förderung Die Universität Liechtenstein, das Liechtenstein-Institut sowie die NTB sollen mehr Geld erhalten.

An ihrer Sitzung vom 13. September hat die Regierung drei Berichte und Anträge zu Händen des Landtags verabschiedet, die sich mit der Förderung von Wissenschaft und Forschung auseinandersetzen und «die Strategie der Regierung im Hochschulbereich konsequent weiterverfolgen», wie es in der Pressemitteilung heisst.

Auf drei Pfeiler setzen

Bereits vor zwei Jahren habe die Regierung im Rahmen der Finanzbeschlüsse betreffend die Staatsbeiträge an die Universität Liechtenstein und das Liechtenstein-Institut wiederholt betont, dass sie im Bereich Wissenschaft und Forschung auf die drei Pfeiler Liechtenstein-Institut, Universität Liechtenstein und für die technische Ausbildung auf die Interstaatliche Hochschule für Technik (NTB) in Buchs setze. Dies habe sie nun mit drei Beschlüssen bekräftigt. Die Universität Liechtenstein erhielt 2011 einen Staatsbeitrag von 12,8 Millionen Franken, worin Beiträge



Neben dem Liechtenstein-Institut und dem NTB (Erneuerungsinvestition) soll die hier abgebildete Uni Liechtenstein mehr Geld vom Land erhalten. (Foto: Zanghellini)

für Lehre und Forschung enthalten waren. Neu soll sie gemäss Antrag der Regierung an den Landtag für die nächsten vier Jahre jeweils 10,8 Mio. Franken für die Lehre, 2 Mio. Franken für Forschung und 1 Mio. Franken für den hauseigenen Forschungsförderungsfonds erhalten. Aufgrund der neuen Gesetzeslage soll die Universität zusätzlich 1 Mio. Franken für den Gebäudeunterhalt und Mietaufwendungen erhalten.

«Dies stellt für den Staat jedoch keine zusätzlichen Kosten dar sondern ist lediglich eine Umlagerung aus dem Hochbaubudget», teilte die Regierung weiter mit.

Erhöhung des Staatsbeitrags

Die Erhöhung des Staatsbeitrags an die Universität und das Liechtenstein-Institut, dies trotz grosser Sparbemühungen in vielen anderen staatlichen Bereichen, zolle einer-

seits den Leistungen dieser Institutionen für Liechtenstein Respekt und sei andererseits Ausdruck dafür, dass Liechtenstein in Zukunft noch mehr auf qualitativ hochstehende Forschung und Lehre angewiesen sein werde. Der Staatsbeitrag des Liechtenstein-Instituts beträgt 2011 900 000 Franken und soll für die nächsten vier Jahre auf 1 Mio. Franken erhöht werden.

Erneuerungsinvestitionen an der NTB

Die heute im Bereich der anwendungsorientierten Forschung und Entwicklung an der NTB eingesetzten Anlagen und Laborgeräte sind bis zu 25 Jahre alt. In Abstimmung mit den Trägerkantonen St. Gallen und Graubünden soll ein Sonderkredit von 17,7 Millionen Franken getätigt werden, um eine adäquate Forschungsumgebung auch in Zukunft zu gewährleisten. Für Liechtenstein werden Investitionskosten von knapp 1 Mio. Franken über die nächsten beiden Jahre anfallen. Die Regierung legt mit einem Bericht und Antrag dem Landtag eine Vereinbarung der Trägerkantone zur Verabschiedung vor, die die Leistungen und Pflichten der Träger definiert. (red/paf)

Die entsprechenden Berichte und Anträge sind ab Freitag auf www.rk.llv.li abrufbar.